

Der freie Schwarzwälder

Mildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Nachbartsverkehr 2.15 M. in Württemberg
2.25 M. vierteljährlich, bezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Gar-
monatzeile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeile.
Bei Inseraten wo Kostent in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 273

Mittwoch, den 20. November 1918.

35. Jahrgang.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 19. Nov. Die „Berliner Volkszeitung“: Die Hinausschiebung der Wahlen nach russischem Vorbild muß das Mißtrauen in höchstem Maße wecken. Vor allem liegt darin auch eine ungeheure Gefahr für den Frieden, denn Wilson und die Entente haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nur mit einer Regierung, die sich auf den Mehrheitswillen des Volkes stützt, Frieden schließen werden und nicht mit einer proletarischen Diktatur. Wenn die Regierung sich zu einer Verschiebung drängen läßt, so übernehme sie eine riesengroße Verantwortung.

Im „Berliner Lokalanzeiger“ erklärt ein der Unabhängigen Sozialdemokratie angehöriges Regierungsmitglied, nach seiner Meinung sei es ausgeschlossen, daß die Wahlen bereits am 2. Februar stattfinden könnten. Die Fertigstellung der Wählerlisten sei nicht möglich, solange ein großer Teil des Volkes noch nicht wieder feste Wohnsitze eingenommen habe. (Es sollen 40 Millionen Wähler in Frage kommen.)

Der „Vorwärts“ warnt die bürgerlichen Demokraten vor Anerbieten von Seiten der monarchischen Reaktion und jagt: Wir wollen keine monarchische Reaktion und wollen auch keine Geldjackrepublik, sondern eine sozialistische Arbeiterrepublik.

Zu der „Täglichen Rundschau“ heißt es unter „Bürgerium und Sozialrepublik“: Für die kommenden Wahlen kämpfe um das neue Deutschland darf es nur eine bürgerliche Partei geben, die Nationalpartei des deutschen Bürgeriums.

Die „Germania“ erwartet von der deutschen Presse mit Einschluß der sozialdemokratischen, daß sie gegen diktatorische Befehle aufs schärfste einmütig protestieren wird.

Die Umwälzung im Reich.

Die Überlastung der Fernsprecheinrichtungen.

Berlin, 19. Nov. (Amstid.) Durch die zahlreichen Gespräche aller heimatischen Soldatenanteile untereinander sind die Fernsprecheinrichtungen so überlastet, daß die Gespräche der Generalintendantur zu den heimatischen Depots oft stundenlange Verzögerungen erleiden. Dadurch wird die Ernährung des heimkehrenden Feldheeres in hohem Grade erschwert. Auch zwischen den heimatischen Soldatenanteilen und der Front finden unaußersächlich Telefongespräche statt, die die Leitung belegen. Diese Zustände verhindern die geregelte Befehlsgebung, die für die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen unerlässlich ist. Die Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat werden dringend ersucht, mit Rücksicht auf die sich schärfenden Gefahren ihren Fernsprecheverkehr nach Möglichkeit zu beschränken.

Soll an Lausung.

Berlin, 19. Nov. Die Post. Stg. berichtet: Staatssekretär Soll hat an den amerikanischen Staatssekretär Lansing eine Note gerichtet und beklagt, daß bei dem Deutschland zur Verfügung stehenden Eisenbahnmateriale die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen und Lebensmitteln auch nicht für eine Woche gewährleistet werden könne, und es müsse daher mit dem Ausbruch von Hungerzuständen gerechnet werden. Durch die Aufrechterhaltung der Blockade insbesondere in der Ostsee werden der deutschen Industrie die Transportmittel und der Skandinavien die Kohlen vorenthalten, was Vertriebsbeschränkungen zur Folge habe. Die Nord- und Ostsee sei lahmgelegt. Diesbezügliche Beschwerden haben bei den Verbandsvertretern bei den Waffenstillstandsverhandlungen kein Gehör gefunden. Soll bittet angesichts der erdrückenden Waffenstillstandsbedingungen um Herbeiführung neuer Verhandlungen in größter Eile, da die zurückstehenden Truppen alle Organisationen auflösen drohen.

Wanderung der Volksregierung?

Köln, 19. Nov. Die „Köln. Volksztg.“ meldet, daß dem Sechsmännerkollegium der gegenwärtigen Regierung werden drei austreten und durch Mitglieder des Volkstags ersetzt werden.

Vaterländischer Volksbund.

Berlin, 19. Nov. In einer Versammlung von Mitgliedern vaterländischer Organisationen wurde gestern

ein vaterländischer Volksbund gegründet, der alle bestehenden vaterländischen Vereinigungen zu einer gemeinsamen nationalen Arbeit auf nicht demokratischer Grundlage zusammenschließen will.

Der Kronprinz im Pfarrhaus.

Haag, 19. Nov. Der Kronprinz hat nach dem „N. T.“ auf der Insel Wieringen ein einfaches Pfarrhaus vorläufig auf 5 Monate gemietet. Ein kleiner Dampfer hat bereits die Hauseinrichtung überführt. (Die Insel Wieringen liegt am Nordwestende der Zuidersee, südöstlich von Texel, der größten westfälischen Insel. Wieringen hat etwa 3000 Einwohner.)

München, 19. Nov. Die für November in Aussicht genommene Hochzeit des Kronprinzen Rupprecht von Bayern mit einer luxemburgischen Prinzessin wurde mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse auf unbestimmte Zeit verschoben.

Wilhelmshaven, 19. Nov. Admiral Meurer ist aus Kogsh hierher zurückgekehrt. 9 Minienschiffe, 5 Panzerkreuzer, 7 kleine Kreuzer und 50 Torpedoboote gehen heute zum Treffpunkt mit den englischen Schiffen in See, um interniert zu werden. Die ersten 20 Tauchboote sind gestern von Helgoland ausgelaufen, 21 weitere folgen heute nach. Das Minienschiff „König“ und der kleine Kreuzer „Dresden“ sind wegen Ausbesserungen noch nicht fahrbereit.

Reiz bezieht.

Reiz, 19. Nov. Heute morgen sind die französischen und amerikanischen Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung in Reiz eingezogen. Mehrere deutsche Denkmäler, darunter das Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. und das Standbild des Prinzen Friedrich Karl wurden in der Nacht von den Soldaten herabgerissen.

Die deutschen Truppen im Kaukasus.

Berlin, 19. Nov. Nach einem Telegramm des Kommandanten der deutschen Streitkräfte im Kaukasus ist dort alles ruhig. Die dortigen Truppen befinden sich wohl.

Neues vom Tage.

Die Ereignisse in Brüssel.

Köln, 19. Nov. Wie im Deutschen Reich brach am 9. November die Revolution unter den deutschen Truppen in Brüssel aus. Es wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet und der Gouverneur legte am Sonntag sein Amt nieder. Der Soldatenrat setzte die Befestigung, auch die Belgier, in Freiheit. Aber der Soldatenrat war halb nicht mehr Herr der Lage. Tausende von deutschen Stappensoldaten begannen zu plündern: sie verkauften ihre Ausrüstungen, Waffen, Pferde und anderes Material der Heeresverwaltung zu Spottpreisen an die Belgier. Die Verpflegung und der Abtransport der Fronttruppen war aufs höchste gefährdet. Es kam zu Zusammenstößen mit den Belgiern, wobei viele deutsche Soldaten erschossen wurden. Die revolutionäre Bewegung hatte rasch auf die Belgier übergegriffen, die sich nun gegen die Deutschen wandten. Als die deutschen Fronttruppen in Brüssel einzogen, wurden die Revolken unterdrückt. Reihliche Szenen ereigneten sich in Antwerpen, Beverloo und Namur. Als die Fronttruppen am Freitag abzogen, war die Ruhe äußerlich wiederhergestellt. Aber nun wandten sich die Belgier gegen diejenigen Volksgenossen, die zu den Deutschen freundliche Beziehungen unterhalten hatten, den Blamen und den Geschäftsleuten, die durch Bucher-Verkäufe an die deutschen Truppen sich bereichert hatten. Läden, Wohnungen usw. wurden vollständig zerstört. Kronenspersonen, die mit Deutschen verkehrt hatten, wurden die Haare abgeschnitten und dann wurden sie entkleidet durch die Stadt getragen.

Die Lage in Polen.

Berlin, 19. Nov. Die Lage in Polen ist sehr ernst; der Bolschewismus gewinnt an Boden. Deutsche Truppen sind nach Polen unterwegs, um den Abzug der deutschen Besatzungstruppen zu sichern.

Posen, 19. Nov. Eine bewaffnete Bande zog vor das Belledungsamt, anscheinend um die Wache abzulösen. Sofort wurde aber das Amt geplündert. Es entsponn sich ein Gefecht, bei dem mehrere Soldaten getötet wurden.

Wien, 19. Nov. (Wiener Tel. Korr.-Bur.) Nach einer Meldung aus Warschau richtete der polnische Oberbefehlshaber Pilsudski an Marshall Koch einen Forderungsbuch, in dem er ermahnte, die polnischen Truppen, die einen Bestandteil der französischen Armee bilden, sofort nach Polen zurückzuführen.

Wien, 19. Nov. Den Blättern zufolge wurde in Kolo me a, das von Ukrainern besetzt ist, das Teueramt geplündert und 600 000 Kronen geraubt.

Storopadski gestürzt.

Berlin, 19. Nov. Hier verlautet, der Selman der Ukraine, Storopadski, sei gestürzt worden. Sein Nachfolger werde ein Anhänger des Verbands sein.

Basel, 18. Nov. Das Ukrainische Preisbureau in der Schweiz meldet: In Kiew werden große Vorbereitungen zum feierlichen Empfang der Engländer getroffen, die sich augenblicklich auf dem Wege von Odessa nach Kiew befinden.

Magyaren und Tschechen.

Reichenberg (Böhmen), 19. Nov. Als gestern Beamte der österreichisch-ungarischen Bank mit 22 Millionen Kronen von Wien nach Reichenberg fuhren, wurde der Betrag trotz des Geleitscheines, der die Unterschrift des tschechischen Gesandten trug, in Viebanau von einem tschechischen Oberstleutnant beschlagnahmt und trotz des auf telegraphische Proteste von Wien und Prag einlaufenden Auftrags, die C...-summe freizugeben, vom tschechischen Bahnhofskommandanten nach Turnau besördert.

Prag, 19. Nov. In Volksversammlungen wurde ein militärisches Einschreiten gegen das Vorgehen der Magyaren in der Slowakei gefordert. Sollten sich die Deutschen auf die Seite der Magyaren schlagen, so müßten sie die Macht des tschechisch-slowakischen Volkes zu fühlen bekommen.

Die Sympathien der Schweiz.

Bern, 19. Nov. Der Bundespräsident hat an den König der Belgier ein herzliches Glückwunschtelegramm zum Einzug in Brüssel geschickt.

England erkennt die sozialistische Republik in Deutschland nicht an.

Rotterdam, 19. Nov. „Courant“ meldet aus London: Balfour, der Staatssekretär des Auswärtigen, tritt im Unterhause mit, England könne erst abräumen, wenn die neue deutsche Verfassung fertig vorliege. In keinem Fall würde England einen Bolschewismus in Deutschland dulden, aber auch keine ausgesetzene sozialistische Republik. Es müsse unbedingt Freiheit für jede Meinungsäußerung in Deutschland herrschen, und es müsse diese Freiheit in der kommenden Reichsverfassung fest verankert sein. Mit einer sozialistischen Republik können die Verbündeten keinen Frieden schließen.

Wilson kommt.

Washington, 19. Nov. (Neuter.) Präsident Wilson wird am 8. oder 10. Dezember die Reise zur Friedenskonferenz antreten. Die Vorfriedensverhandlungen sollen vor Weihnachten in Versailles beginnen. (Die Bedingungen für den Vorfrieden sollen im Kriegsrat von Versailles schon angenommen sein.)

Reinholt, 19. Nov. Nach Meldung der „Times“ eröffnet die Regierung Annahmestellen für Unterstützungen für die notleidende Bevölkerung in Europa. (Die englische Regierung hat auch der kanadischen Regierung gestattet, an der Unterstützung Deutschlands mitzuwirken.)

Die Lage in England.

Rom, 19. Nov. Ein hervorragendes italienisches Blatt veröffentlicht einen Londoner Brief, der sagt, die Lage in England zwinge die Regierung zur Abgabe gegen Deutschland, da die Zukunft Englands unsicher wäre, wenn sie auf der Schwächung Deutschlands beruhe.

Volksregierung und Reichstag.

Berlin, 19. Nov. Der Präsident des Reichstags Dr. Fehrenbach hat der Reichsleitung eine Erklärung zugehen lassen. Auf die Anfrage des Präsidenten am 10. November, ob eine Auflösung des Reichstags beabsichtigt sei oder ob am 13. November eine Reichstagsungung abgehalten werden könne, erklärte der damalige Reichskanzler Ebert, es sei noch kein Beschluß der neuen

stimmten. Am 14. November fragte Dr. Zehrenbach telegraphisch an, ob in nächster Woche der Reichstag einberufen werden könne. Die Antwort lautete: nach Beseitigung des deutschen Kaiseriums und des Inbegriffs als bestehender Körperschaft könne auch der Reichstag nicht mehr zusammentreten. Hierzu erklärt Dr. Zehrenbach nach Besprechung mit den Parteiführern des Reichstags und dem Volksbeauftragten Ebert: „Diese Anschauung vermag ich weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Begründung als zutreffend anzuerkennen. Zwingende Rücksichten auf die gegenwärtige Lage veranlassen mich, zur Zeit von der Einberufung des Reichstags abzusehen. Ich behalte mir dies jedoch ausdrücklich vor. Es können Verhältnisse eintreten, die sowohl der jetzigen, als auch einer künftigen Reichsleitung den Zusammentritt des Reichstags als erwünscht, vielleicht sogar als notwendig erscheinen lassen.“

Die Franzosen in Strassburg.

Strassburg, 19. Nov. Die französischen Truppen werden am 22. November in Strassburg einrücken.

Württemberg.

Stuttgart, 19. Nov. (Un begründetes Mißtrauen.) Das Stellv. Generalkommando schreibt uns: Im „Vorwärts“ und in der „Frankf. Ztg.“ wird mitgeteilt, daß es in Württemberg nicht gelungen zu sein scheint, die Ordnung des Rückmarsches unserer Truppen zu sichern, während der Rückmarsch der Armee im Rheinland in vollster Ruhe und Ordnung sich vollziehe. Unter den Bauern soll eine erbitterte Stimmung herrschen und die Bauern würden ebenso wie die Soldaten zur Selbsthilfe greifen, da der behördliche Schutz versage. — Diese Mitteilung ist unrichtig. Große Truppenkörper sind bisher, abgesehen von ungarischen Verbänden, bis zu dieser Stunde noch nicht nach Württemberg zurückgekommen. Die Verpflegung der zurückgekommenen Truppen aber ist in vollster Ordnung und Ruhe erfolgt und die Bevölkerung ist überall in Stadt und Land bereit, die Truppen herzlich zu empfangen; von einer besonderen Notlage für die Truppen ist hier nichts bekannt.

(-) Stuttgart, 19. Nov. (Landesversammlung.) Die Vorarbeiten für die Einberufung der verfassunggebenden Landesversammlung haben vor einigen Tagen begonnen.

(-) Stuttgart, 19. Nov. (Staatsgelder.) Der Landesvorstand der Sozialdemokratie Württembergs und der Vorstand der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts erlassen in der „Schwäb. Tagwacht“ folgende Erklärung: Die Ueberweisung von Staatsgeldern an den A. und S. Rat hat vielfach die Meinung hervorgerufen, als hätten die alte sozialdemokratische Partei und die Vereinigten Gewerkschaften solche Gelder auch für sich in Anspruch genommen. Dies ist nicht der Fall. Die Partei und die Vereinigten Gewerkschaften lehnen es ab, für ihre Agitation öffentliche Mittel zu fordern.

(-) Stuttgart, 19. Nov. (Die rote Flagge.) Seit dem Revolutionsstag (9. November) war auf dem Wilhelmshof in der Neckarstraße, dem privaten Wohnsitz des Königs, die rote Flagge aufgezogen. Diese ist nun nach dem Beschluß der Soldatenräte gestern wieder eingezogen worden.

(-) Stuttgart, 19. Nov. (Aus dem Parteileben.) Am nächsten Samstag findet hier eine Tagung der Vertreter der nationalliberalen Partei in Württemberg statt.

(-) Stuttgart, 19. Nov. (Herr von Bayer.) Wie der „Beobachter“ schreibt, hat Herr v. Bayer keine Erklärung abgegeben, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehe und keine Kandidatur für die Nationalversammlung annehme.

(-) Sindelfingen, 19. Nov. („Daimlermöbel.“) Die hiesigen Daimlerwerke haben in ihrer Abteilung Flugzeugbau nunmehr auch die Fabrikation einfacher Möbel aufgenommen, die zu niedrigen Preisen abgegeben werden. Ein Musterzimmer für eine einfache Schlafzimmereinrichtung ist im Schwäbischen Bürgerheim in Stuttgart ausgestellt.

(-) Heilheim, 19. Nov. (Heil geblieben.) Von einer hiesigen Familie waren acht Kinder zu den Fahnen eingezogen. Sieben fanden im Feld und kehren gesund wieder in die Heimat zurück.

(-) Reutlingen, 19. Nov. (Württemberg und Hohenzollern.) In der gestrigen Versammlung der

Landräte wurde folgende Entschließung gefaßt: Die Fortschrittliche Volkspartei von Stadt und Land Reutlingen ist einmütig der Uebersetzung, daß die wirtschaftlichen und Kulturnotwendigkeiten der kommenden Friedenszeit es zwingend nötig machen, daß die Grenzpläne zwischen Württemberg und Hohenzollern und das innerlich gut schwäbische Land Hohenzollern sich der größeren schwäbischen Heimat anschließen. Wir zweifeln nicht, daß das württembergische Volk die Brüder aus Hohenzollern freudig in der größeren Gemeinschaft begrüßen wird.

(-) Ulm, 19. Nov. (Erdbeben und Schnee.) Noch einem schwachen Erdbebenstoß am Sonntag abend 1/9 Uhr fiel der erste Schnee.

Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen dauern fort. Am Donnerstag und Freitag, ist nachts, auch mit Schneefällen verbundenes Wetter zu erwarten.

Baden.

Marlsruhe, 19. Nov. Der stellv. Kommandeur des 14. A. R. hat folgenden Korpsbefehl erlassen: „Ich bin ich allen Offizieren des Korpsbereichs, welche in schwerster Stunde auf ihrem Posten ausgeharrt haben und damit dem Vaterland einen Dienst geleistet haben, unvergesslich geblieben, meinen Dank sage, richte ich an alle Offiziere die dringende Bitte, auch weiterhin zuharrten und diese hohe vaterländische Pflicht aller thätigen persönlichen Interessen stets voranzustellen.“

Das stellv. Generalkommando hat angeordnet, daß die Formationen des Heimaturlaubes sofort aufgelöst sind. Die Mannschaften dürfen jedoch erst entlassen werden, wenn alles Gerät ordnungsmäßig abgegeben ist. Alsdann wird die Auflösung besonders angeordnet werden. Einige Abwehrlommandos in Karlsruhe, in Mannheim und Freiburg bleiben noch kurze Zeit bestehen. Die Einbahnformationen werden nach Danau in Marsch gesetzt.

(-) Karlsruhe, 19. Nov. Hier hat sich ein Komitee von Arbeitern gebildet.

(-) Karlsruhe, 19. Nov. Der Durchmarsch mit Durchtransport der vom Felde zurückkehrenden Truppen geht hier in musterhaftiger Weise vor sich. Verpflegung und Unterbringung gehen glatt von statten. Die Einwohnerschaft der in reichem Fahnenkleide stehenden Stab begrüßt die durchkommenden Truppen in der herzlichsten Weise.

(-) Karlsruhe, 19. Nov. Die Blättermeldung, wonach die Arbeiter- und Soldatenräte sämtliche im Besitz der Zivilisten befindlichen Schloßier in Baden beschlagnahmt haben, trifft nach unseren Erkundigungen nicht zu.

(-) Karlsruhe, 19. Nov. Ein Mißtraut durch die geschlossene Schranke eines Bahnübergangs bei Mühlburg. Hierdurch wurde der 55jährige Bahnwärter Johann Schneider aus Diebelsheim getötet.

(-) Kirchzarten, 19. Nov. Ueber das hier zu errichtende Kapuzinerkloster wird dem Bad. B. ob mitgeteilt, daß der Aufsichtsrat der A.-G. Janderindustrie Waghäusel das nötige Gelände dem Kirchenfond Waghäusel überlassen hat. Einstweilen sollen die noch vorhandenen Zellen zur Unterbringung einiger Patres ausgebaut werden und der Neubau des Kapuzinerklosters erst nach Friedensschluß in Angriff genommen werden. Das Kloster wird zu einer großen Niederlassung ausgebaut und von den Patres der Rhein. Westf. Kapuzinerordensprovinz besiedelt werden. Vor 51 Jahren am 8. Januar 1827, verließ der letzte Vater Waghäusel.

(-) Kehl, 19. Nov. Die von uns, der Kehl. Ztg. entnommene Darstellung, über Vorgänge, die sich hier am 9. November ereigneten und wobei ein Matrose erschossen wurde, entsprechen nach einer Zuschrift in der Badischen Presse nicht den Tatsachen. Nicht der Kommandeur des Bataillons gab den Befehl zum Feuern, sondern eine höhere Stelle, und das Feuer sei auch nicht eröffnet worden, weil der Matrose ein rotes Fahnen auf der Lokomotive entfaltete, sondern weil er ein anderer Matrose den Lokomotivführer zwang, das geschlossene Einfahrtsignal zu überfahren.

(-) Weiskirch, 19. Nov. In verschiedenen Orten ist das unheimliche Geräusch verbreitet, die Wachmannschaften des Gefangenensagers auf dem Heuberg hätten ihre Posten verlassen und etwa 30000 gefangene Franzosen, Russen usw. marschierten nach der Schweiz. Eine Anfrage an amtlicher Stelle ergab, li. Schwarzwälder, daß an der ganzen Sache kein wahres Wort ist.

Luftdienst London-Paris. Zwischen London und Paris soll ein regelmäßiger Luftschiffdienst mit Personenbeförderung eingeführt werden. Die Fahrpreise werden nicht höher sein als bei der jetzigen Reiseart in erster Klasse. Es sollen ferner Pläne bestehen für Luftschiffverbindungen zwischen Aberdeen (Schottland) und Norwegen, Kapstadt-Kairo, in Britisch-Indien, in Arabien und Australien. — Wieder die Erfahrung alter Zeiten: Der Deutsche hat die Gedanken und der Fremde nützt sie aus.

Lokales.

Eingesand. Die auf vergangenen Samstag abend in das hiesige Gasthaus zur alten Linde einberufene Versammlung, in der als Referent Herr Gemeinderat Otto Wäsner aus Stuttgart eingehend über das Thema: „Die politischen Umwälzungen in Reich und Land“ sprach, war überaus zahlreich besucht und beweist erfreulicherweise ein allgemeines Interesse der hiesigen Bevölkerung an unserer gegenwärtigen politischen Lage. Leider glänzten verschiedene Herren, die äußerlich sich häufig den Anschein gaben, so sehr um das Wohl und Wehe des Vaterlandes bemüht zu sein, durch Abwesenheit. Der Redner sprach sehr interessant und erntete reichen Beifall. Am Schluß seines Vortrags wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung steht auf dem Boden der Revolution. Sie betrachtet die provisorische Regierung als das oberste Organ der Republik Württemberg und ist entschlossen, diese Regierung mit allen Kräften zu unterstützen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind Organe der neuen Volksregierung, die die Errungenschaften der Revolution zu sichern bereit und verpflichtet sind, die Regierung bei der Durchführung all ihrer Maßnahmen im Interesse des Volkswohls zu unterstützen. Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich für die sozialistische Wirtschaftsweise. Diese Umwandlung der kapitalistischen Produktion kann jedoch nicht mit denselben Gewaltmitteln vollzogen werden, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft bisher gestützt hat, sie muß vielmehr durch Aufklärung und Erziehung der Völker zur sozialistischen Weltanschauung und durch internationale Verständigung erreicht werden. Die Versammlung lehnt deshalb die Bildung einer roten Garde und die Diktatur als Kampfmittel zur Durchsetzung des sozialistischen Volksstaates ganz entschieden ab. Nach erfolgter einstimmiger Annahme dieser Resolution wurde aus der Mitte der Versammlung die sofortige Wahl eines aus je 5 Mitgliedern bestehenden Arbeiter und Soldatenrates angeregt. Nachdem geeignete Vorschläge für die Wahlen des A. u. S. Rates gemacht waren, schritt der Redner zur sofortigen Wahl und es wurden nachherzeichnete Herren einstimmig gewählt: als Arbeiterrat:

1. Fritz Rath, Bankdirektor, hier,
2. Wilhelm Gorkheimer, Maurer, hier,
3. Robert Mayer, Zimmermann, hier,
4. Wilhelm Wader, Fabrikarbeiter, hier,
5. Richard Wagner, Feldhilfsarzt, 3. St. Rath. Stift, als Soldatenrat:

1. Heinrich Rudwied, Sergt., 3. St. Rath. Stift, hier,
2. Eug. Wankmüller, Bfldw., 3. St. Rath. Stift, hier,
3. Fritz Treiber, Tapezier, hier,
4. Wilhelm Burg, Gasthofbes., hier,
5. August Schmid (Meygers Sohn), hier.

In einer Sonntag nachmittag stattgehabten Sitzung des A. u. S. Rates wurde dann als Vorsitzender des Arbeiterrates Bankdirektor Rath und als Vorsitzender des Soldatenrates Sergt. Rudwied einstimmig gewählt. Um Mißbrauch zu verhüten, muß jede Person, die Handlungen im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates Willkür vornimmt, im Besitze eines Ausweises des A. u. S. Rates Willkür sein. Die Befehle des A. u. S. Rates werden vorläufig nach Verständigung mit der hiesigen Stadtverwaltung erteilt werden. Auf Abstellung von verschiedenen Mißständen am hiesigen Plage wird seitens A. u. S. Rates hingewirkt werden. Das oberste Gebot des A. u. S. Rates wird sein, Ruhe und Ordnung zu schaffen und der Einwohnerschaft Willkürs wieder ein Sicherheitsgefühl zu geben. Gegen Verfehlungen gegen die Anordnungen d. A. u. S. Rates wird der A. u. S. Rat mit aller Strenge einschreiten, auch wird er die öffentlichen Organe bei der Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützen.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Willkür. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Oberamt Heidenburg.

Höchstpreise für den Weiterverkauf von Bier.

Nachdem durch Ziffer 1 der Min. Verfügung vom 29. Okt. d. J. (Staatsanzeiger Nr. 255) der Herstellerhöchstpreis für untergäriges Bier mit Wirkung vom 1. Nov. 1918 an um 5 A für 100 Liter erhöht worden ist, werden die Höchstpreise für den Weiterverkauf von Bier vom gleichen Zeitpunkt an unter Abänderung des Abs. 1 der oberamtl. Bekanntmachung vom 1. Mai d. J. (Enzteller Nr. 105) festgesetzt; wie folgt:

a) Fahbier:	in Liter	20 s
	0/35 "	22 s
	1/10 "	24 s
	1/10 "	28 s

b) Flaschenbier:		
1/10 Liter-Flasche	über die Straße	28 s
	in der Wirtschaft	31 s
1/10 "	über die Straße	31 s
	in der Wirtschaft	34 s
1/10 "	über die Straße	34 s
	in der Wirtschaft	37 s

Den 6. Nov. 1918. Regierungsrat Siegele.
Mit der Bitte um Beachtung bekannt gemacht.
Willkür, den 15. November 1918.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Für die Wintermonate wird ein
Möbliertes Zimmer
mit Piano Benutzung gesucht.

Aufforderung.

Nach mehr als 4 Jahren beispielloser Kämpfe, Erfolge und Opfer werden unsere braven Feldtruppen in den nächsten Tagen in kleineren Abteilungen in die Heimat entslassen. Ich bitte die Einwohnerschaft, aus diesem Anlasse die Häuser zu beslaggen und den Heimkehrenden einen freundlichen Willkomm zu bereiten.

Willkür, den 19. Nov. 1918.

Stadtschultheißenamt Böhner.

Krieger!

**Troße Einkehr
im Matskeller**
beim Eingang der Bergbahn.

Die Sprechstunden liegen jetzt
von 10 = 12 und 3 = 5 Uhr

Mittwochs und Sonntags keine Sprechstunden
Zahn-Arzt Weidner, Willkür

Oben, Carlstraße 88, 1. Stock Fernnr. 149.

Bekanntmachung

Morgen Donnerstag nachmittags von 1-5 Uhr kommt in der Turnhalle

Bündelholz

und einige Reste Futtermittel zum Verkauf.
Das Bündel Bündelholz kostet 40 s
Kapselholz, Sonnenblumenöl und Panzenmischfutter je 26 s das Pfund.
Kleingeld ist mitzubringen.

Städt. Futtermittelabgabestelle.

Willkür

Freiwillige Versteigerung.

Am Freitag den 22. Nov. nachmittags 1 1/2 Uhr, kommt
ein **Ruffenpferd** (Braunwallach), 8 jährig, 1,50 m groß (Bm), samt Geschirr (neu), 1 kleinerer **Wagen** und 1 **fl. Bernerwagen**
gegen Barzahlung zur Versteigerung. Zusammenkunft beim Pfandlokal in Willkür.

Willkür, den 19. Nov. 1918.

Gähle, Gerichtsvollzieher.

Fertige Fahnen

sind zu haben bei

Wilhelm Rath.